

Stand: 28.12.2025 12:44:26

## Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1912

"Bundesteilhabegesetz einführen - Eingliederungshilfe qualitativ weiterentwickeln"

---

### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1912 vom 14.05.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6981 des SO vom 11.06.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 23.06.2015



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Bundesteilhabegesetz einführen – Eingliederungshilfe qualitativ weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene aktiv an den Verhandlungen um eine Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und die Einführung eines Bundesteilhabegesetzes für Menschen mit Behinderungen zu beteiligen. Sie wirkt dabei auf eine grundsätzliche Reform der Eingliederungshilfe im Sinn der Bestimmungen der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hin. Ziel ist ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel in der Eingliederungshilfe, weg vom Fürsorgeprinzip hin zu einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und zu einer Ausrichtung der Leistungen am Prinzip des dauerhaften Nachteilausgleichs.

Die Staatsregierung setzt sich für ein Bundesteilhabegesetz ein, welches die Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen ohne Anrechnung auf Einkommen und Vermögen sicherstellt. Bei der Einführung eines Bundesteilhabegesetzes darf inhaltliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und die Verbesserung der Lebenslagen behinderter Menschen nicht hinter der notwendigen finanziellen Entlastung der Kommunen zurückstehen.

Eine qualitative Weiterentwicklung der Leistungen der Eingliederungshilfe muss sich an folgenden Standards und Kriterien orientieren:

2. Die Leistungen der Eingliederungshilfe sind aus dem Bereich der Fürsorge und dem System der Sozialhilfe herauszulösen und in ein neues Bundesteilhabegesetz zu überführen.
3. Die Fachleistungen der Eingliederungshilfe werden im neuen Bundesteilhabegesetz als dauerhafter Nachteilsausgleich grundsätzlich einkommens- und vermögensunabhängig erbracht. Nur die Leistungen zum Lebensunterhalt verbleiben im SGB XII und sind weiterhin einkommens- und vermögensabhängig. Bei den Leistungen zum Lebensunterhalt muss der besondere behinderungsbedingte Mehraufwand angemessen berücksichtigt werden.
4. Die Steuerungsverantwortung und das Teilhabe-management für die Leistungsgewährung sollte bei den kommunalen Sozialhilfeträgern angesiedelt werden, um eine wohnortnahe und sozialraumorientierte Umsetzung der Leistungen zu ermöglichen. Leistungsgewährung und Bedarfserstellung müssen in einem partnerschaftlichen Verfahren unter Einbeziehung der Leistungsberechtigten und ihrer Verbände sowie der Leistungserbringer erfolgen.
5. Die Leistungen der Eingliederungshilfe müssen auch zukünftig bedarfsdeckend erbracht werden. Das neue Bundesteilhabegesetz muss deshalb einen offenen Leistungskatalog enthalten, der sicherstellt, dass keine Versorgungslücken entstehen.
6. Der Leistungskatalog der Eingliederungshilfe muss die Entwicklung von neuen Formen von flexiblen Unterstützungsangeboten umfassen, die es hilfsbedürftigen Menschen ermöglichen, in ihrem gewohnten Wohn- und Lebensumfeld zu bleiben. Insbesondere ist hier der Ausbau der persönlichen Assistenz und von wohnortnahmen ambulanten Unterstützungs- und Betreuungsangeboten notwendig.
7. Der Katalog der Leistungen zur Teilhabe an der Gemeinschaft nach § 55 SGB IX ist um Leistungen zur Unterstützung behinderter Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder zu erweitern.
8. Die bisherige Unterscheidung zwischen ambulanten, teilstationären und stationären Leistungsformen wird zugunsten einer Orientierung auf eine personenzentrierte Hilfe aufgegeben. Der Mehrkostenvorbehalt nach § 13 Abs. 1 SGB XII muss gestrichen werden, da er mit dem Prinzip der individuellen Bedarfsdeckung nicht vereinbar ist.

9. Die Feststellung der individuell benötigten personellen, technischen sowie fachlich anleitenden Hilfen erfordert die Entwicklung eines bundeseinheitlichen Verfahrens zur personenbezogenen Feststellung des individuellen Bedarfs. Ein partizipatives und personenzentriertes Verfahren zur Feststellung des individuellen Unterstützungsbedarfs muss sich an dem differenzierten Einstufungsinstrumentarium der „Internationalen Klassifikation von Funktionseinschränkungen und Behinderungen/ICF“ orientieren. Behinderte Menschen und ihre Vertrauenspersonen sind als Leistungsempfänger aktiv an der Feststellung des Hilfebedarfs zu beteiligen. Für die behinderten Menschen muss es einen effektiven Rechtsschutz und mit eindeutigen Fristen versehene Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung geben.
10. Behinderte Menschen brauchen den Anspruch auf eine kostenlose, unabhängige und qualifizierte Beratung vor und während der Inanspruchnahme von Teilhabeleistungen.
11. Die angemessene Finanzierung eines bedarfsdeckenden Leistungsangebotes ist sicherzustellen. Die Vergütung der einzelnen Teilhabeleistungen muss eng mit der Planung der Angebotsstrukturen abgestimmt werden.
12. Im Vertragsrecht muss die Schiedsstellenfähigkeit von Leistungs- oder Rahmenverträgen festgeschrieben werden. Der zuständige Sozialhilfeträger darf die Inhalte von Leistungsverträgen nicht einseitig per Verordnung festlegen. Neben den unmittelbaren Hilfs- und Betreuungsleistungen müssen auch investive Kosten, Kosten für Unterkunft und indirekte Leistungen der Einrichtungsträger im Vertragsrecht angemessen berücksichtigt werden.
13. Die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine freie Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes von Menschen mit Behinderungen durch eine Streichung des Finanzierungsvorbehalts in § 9 Abs.2 SGB XII. Hier wird das Wunsch- und Wahlrecht aus Art. 19 der UN-Konvention unzulässig eingeschränkt, indem die Träger der Sozialhilfe Wünschen der Leistungsberechtigten nicht entsprechen dürfen, wenn ihre Erfüllung mit „unverhältnismäßigen Mehrkosten“ verbunden wäre.
14. Stärkung des Instruments des persönlichen Budgets nach § 17 SGB IX. Bei Bedarf muss eine Budgetassistenz als zusätzliche Leistung gewährt und finanziert werden (Änderung der Budgetverordnung zu § 17 Abs. 2 bis 4 SGB IX). Der Beitrag zum persönlichen Budget darf nicht gedeckelt werden und muss im Einzelfall auch die Kosten für ambulante und stationäre Leistungen überschreiten dürfen (Änderung § 17 Abs. 3 SGB IX).
15. Die Schnittstelle zwischen den Leistungen der Eingliederungshilfe und Leistungen der Pflegeversicherung muss neu definiert werden. Hierzu muss die geplante Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs eng mit der Reform der Eingliederungshilfe abgestimmt werden.
16. Auch in Einrichtungen der Behindertenhilfe müssen den betroffenen Menschen zumindest die Sachleistungen der Pflegeversicherung für häusliche Pflege zur Verfügung stehen. Pflegebedürftige Menschen mit Behinderungen dürfen nicht benachteiligt werden, indem sie zur Deckung des Bedarfs auf die Sozialhilfe verwiesen werden. Dies erfordert auch eine Änderung von § 43a SGB XI, wonach lediglich ein Pauschalbetrag von maximal 256 Euro im Monat zur Abgeltung der Pflegeleistungen in stationären Einrichtungen gezahlt wird. Auch § 72 Abs. 4 SGB XI, wonach stationäre Einrichtungen der Behindertenhilfe nicht als Pflegeeinrichtungen anerkannt werden, muss entsprechend geändert werden.
17. Die Schaffung eines gleichberechtigten Zugangs zum Arbeitsmarkt, insbesondere durch eine bessere Verknüpfung der Werkstätten für Behinderte mit dem allgemeinen Arbeitsmarkt und Programme zur Förderung des Übergangs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Das Prinzip der Werkstattfähigkeit, welches ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsfähigkeit als Zugangsvoraussetzung festschreibt, benachteiligt schwerbehinderte Menschen und verstößt gegen das Diskriminierungsverbot der UN-Behindertenrechtskonvention. Es muss im Zuge der Reform abgeschafft werden.
18. Der Ausbau von Integrationsfirmen für Menschen mit Behinderungen oder mit psychischen Erkrankungen sowie ein flächendeckendes Angebot von niederschwelligen Arbeitsmöglichkeiten in Wohnnähe für diesen Personenkreis.
19. Bei den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben muss die Möglichkeit zu einem dauerhaften Lohnkostenzuschuss und Minderleistungsausgleich verankert werden.
20. Die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf, durch ein verbindliches Verfahren zur Berufswegeplanung, das Eltern und Schüler mit einbezieht.

#### Begründung:

Seit 2007 beschäftigt sich die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder (ASMK) mit der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe. Im Rahmen des Fiskalpakts wurde 2012 zwischen Bund und Ländern die Einführung eines Bundesleistungsgesetzes zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung beschlossen. Das Bundesleistungsgesetz soll die Eingliederungshilfe im SGB XII ablösen. Die ASMK hat mit Beschluss vom November 2013 noch einmal die Forderung nach einer Weiterentwicklung der Eingliede-

rungshilfe und einer Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes bekräftigt. Die Diskussion konzentriert sich dabei stark auf eine Kostenübernahme durch den Bund und eine finanzielle Entlastung der Kommunen. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird eine finanzielle Entlastung der Kommunen in Höhe von jährlich fünf Mrd. Euro in Aussicht gestellt. Bereits ab dem kommenden Haushaltsjahr sollen die Kommunen mit einer Milliarde Euro entlastet werden. Hierdurch solle aber keine neue Ausgabendynamik entstehen. Übergeordnetes Ziel sei die Kostenneutralität für die öffentlichen Haushalte.

Damit besteht die Gefahr, dass die dringend notwendige inhaltliche Weiterentwicklung der Leistungen der Eingliederungshilfe von dem Anliegen einer finanziellen Entlastung der Kommunen verdrängt und überschattet wird. Eine qualitative Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe im Sinne einer personenbezogenen und bedarfsgerechten Leistungserbringung erfordert jedoch den Einsatz zusätzlicher Mittel. Die Eingliederungshilfe muss vollständig aus dem System der Sozialhilfe herausgenommen und die Teilhabeleistungen müssen als dauerhafter Nachteilsausgleich unabhängig von Einkommen und Vermögen gewährt werden. Die Freistellung vom Einsatz eigenen Einkommens und Vermögens darf sich nicht auf das evtl. vorgesehene Bundesteilhabegeld beschränken, sondern muss alle Fachleistungen der Eingliederungshilfe umfassen. Der Freistaat muss sich in der politischen Debatte um die Anrechenbarkeit der Eingliederungshilfeleistungen eindeutig positionieren und mit eigenen Vorschlägen für eine qualitative Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe beteiligen.

Zur Sicherstellung des individuellen Bedarfs wird ein einheitliches Verfahren zur Bedarfsfeststellung benötigt, welches sich an den differenzierten Kriterien der „Internationalen Klassifikation von Funktionseinschränkungen und Behinderungen/ICF“ orientiert. Bei einer personenbezogenen Ausgestaltung der Leistungen wird die bisherige Trennung zwischen stationären, teilstationären und ambulanten Leistungen obsolet. Ein partizipatives Verfahren zur Feststellung des Hilfebedarfs muss die Leistungsberechtigten und die Leistungserbringer bei der Hilfeplanung und Bedarfermittlung aktiv mit einbeziehen.

Bei der geplanten Trennung zwischen reinen Fachleistungen der Eingliederungshilfe und den Leistungen zum Lebensunterhalt, muss gesichert werden, dass auch in der Sozialhilfe der behinderungsbedingte Mehrbedarf beim Lebensunterhalt angemessen berücksichtigt wird. Es darf aufgrund der Reform nicht zu einer Absenkung des Lebensstandards und zu einer Verschlechterung der Versorgung behinderter Menschen kommen.

Der mit einer personenbezogenen Leistungsvergabe verbundene Systemwechsel darf nicht zu einer Zerschlagung des bisherigen institutionellen Angebots und der Trägerstruktur in der Behindertenhilfe führen. Auch hier sollte es für die betroffenen Menschen mit Behinderung zu keiner Verschlechterung im Niveau der Versorgung und der Vielfalt der Angebote kommen. Die bisherige ambulante und stationäre Infrastruktur darf nicht durch eine strukturelle Unterfinanzierung gefährdet werden.

Auch die Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe und Pflegeleistungen muss neu definiert werden. Hierzu muss die geplante Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs eng mit der Reform der Eingliederungshilfe abgestimmt werden. Sonst besteht die Gefahr einer politischen Konkurrenz zwischen Pflege und Behindertenhilfe um die begrenzten Mittel des Bundes.

Auch behinderte Menschen sollten den vollen Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung haben. Deshalb müssen auch in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe die vollen Sätze der Pflegeversicherung ausbezahlt werden. Hierfür ist eine Änderung von § 72 Abs. 4 SGB XI notwendig, wonach stationäre Einrichtungen der Behindertenhilfe nicht als Pflegeeinrichtungen anerkannt werden. Nach § 43a SGB XI übernimmt die Pflegekasse bei stationären Behinderteneinrichtungen maximal 10 Prozent des für Pflegeeinrichtungen vereinbarten Heimentgelts. Auch hier ist eine Gesetzesänderung unabdingbar, um die vollen Pflegeleistungen in den Einrichtungen refinanzieren zu können.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und  
Integration**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Drs. 17/1912**

**Bundesteilhabegesetz einführen - Eingliederungshilfe qualitativ  
weiterentwickeln**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatterin: **Kerstin Celina**  
Mitberichterstatterin: **Judith Gerlach**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 11. Juni 2015 beraten und für erledigt erklärt.

**Joachim Unterländer**  
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Neuordnung der Schulbegleitung für behinderte Schülerinnen und Schüler in Bayern  
Drs. 17/5408, 17/7005 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU  
Schutz des Bergwalds zielgerichtet stärken  
Drs. 17/5422, 17/7053 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)  
Erstellung eines turnusmäßigen Bergwaldberichts  
Drs. 17/5425, 17/7054 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Modellversuch „Schulbegleitung neu“ durchführen  
Drs. 17/5488, 17/7006 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Kathrin Sonnenholzner, Bernhard Roos SPD  
Ausbau der B 471  
Drs. 17/5493, 17/6810 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ursachen von Flucht und Armut abmildern  
Drs. 17/5605, 17/7031 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rechte Morde aufklären! Unabhängiges Forschungsprojekt zur Überprüfung von Tötungsdelikten mit möglichem rechtsextremem Tathintergrund einrichten  
Drs. 17/5755, 17/6999 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Weibliche Asylsuchende in staatlichen und öffentlichen Unterkünften besser schützen  
Drs. 17/5756, 17/6984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bestehende Synergien aufrechterhalten: Amt für Ernährung, Landwirtschaft und  
Forsten am Standort Stadtbergen belassen!  
Drs. 17/5818, 17/7065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner,  
Horst Arnold u.a. SPD  
Neuordnung des gerichtsarztlichen Dienstes  
Drs. 17/5885, 17/7019 (A)

**Die CSU-Fraktion hat beantragt das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen**

**Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein,  
Klaus Holetschek u.a. CSU  
Keine Benachteiligung Bayerns durch das GKV-VSG –  
Bayern hält am Leitbild des freiberuflich tätigen Arztes fest  
Drs. 17/5888, 17/7020 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Drogenkontakte verhindern – Konsumräume für Suchtkranke einrichten  
Drs. 17/5936, 17/7021 (A)

**Die CSU-Fraktion hat beantragt das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen**

**Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für Gesundheit und Pflege**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Realitätsnahe Verbrauchsmessung bei Kraftfahrzeugen  
Drs. 17/5937, 17/6849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Mehr Flexibilität bei der Ausbringung organischer Dünger  
Drs. 17/5957, 17/6804 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher,  
Arif Tasdelen u.a. SPD  
Bericht zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen  
des Bayerischen Integrationsrats  
Drs. 17/5969, 17/6942 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer,  
Martin Schöffel u.a. CSU  
Sicherung der Dorf- und Betriebshilfe in Bayern  
Drs. 17/5981, 17/6805 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter,  
Alex Dorow u.a. CSU  
Vierstreifiger Ausbau der B 471  
Drs. 17/5982, 17/6811 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	A

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wahlalter 16 – Mehr Demokratie und Mitbestimmung für Bayerns Jugend  
Drs. 17/6014, 17/7033 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD  
Meldung wichtiger Ereignisse durch die Polizei (WE-Meldungen)  
Drs. 17/6021, 17/6998 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Das EU-Schulfruchtprogramm auf weiterführende Schulen ausweiten!  
Drs. 17/6024, 17/7055 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld,  
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Ausweitung des EU-Schulfruchtpflichtprogramms auf Kinderkrippen und Kinderhorte  
Drs. 17/6025, 17/7056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster,  
Susann Biedefeld u.a. SPD  
Bericht über die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems  
(GEAS) in Bayern  
Drs. 17/6026, 17/7032 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert,  
Klaus Adelt u.a. SPD  
Produktionsdatum an Skihelmen sichtbar machen  
Drs. 17/6030, 17/6851 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt,  
Florian von Brunn u.a. SPD  
Sonderförderprogramm II: Keine Wasserverschmutzung  
durch private Abwasserkanäle  
Drs. 17/6039, 17/7040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht zu den aktuellen Entwicklungen im Schweinemarkt  
Drs. 17/6138, 17/7057 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränlein, Volkmar Halbleib,  
Harald Güller u.a. SPD  
Erbbaurechtsregelungen stärken  
Drs. 17/6159, 17/6719 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl,  
Harald Güller u.a. SPD  
Bericht der Staatsregierung über die Prüfungsmittelung  
des Bayerischen Obersten Rechnungshofs zu Höchstädt  
Drs. 17/6165, 17/6716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert,  
Klaus Adelt u.a. SPD  
Einführung einer Schutzhelmpflicht für Skifahrer auf Skipisten in Bayern  
Drs. 17/6175, 17/6721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein,  
Klaus Holetschek u.a. CSU  
Ausweitung der Niederlassungsförderung für Hausärzte  
auf alle Arztgruppen der allgemein fachärztlichen Versorgung  
Drs. 17/6185, 17/7022 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	ENTH

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einzelbetriebliche Investitionsförderung  
Drs. 17/6197, 17/7058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Demokratisierung der bayerischen Hochschulen  
Drs. 17/6199, 17/6944 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wirksamere Überwachung des Schwerlastverkehrs  
durch die Verkehrspolizei sicherstellen  
Drs. 17/6203, 17/6943 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Außenstellen für Psychiatrische Institutsambulanzen ermöglichen Drs. 17/6207, 17/7025 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster u.a. und Fraktion (SPD) EU-Kommissar informiert Landtag über europäische Flüchtlingspolitik Drs. 17/6214, 17/7034 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Einrichtung eines hochschulübergreifenden Promotionsstudiengangs „Tourismusmanagement und Tourismusentwicklung in Bayern“ Drs. 17/6356, 17/6945 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. SPD  
Anhörung zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Antibiotikaresistenzen  
Drs. 17/6390, 17/7063 (E)

**Die CSU-Fraktion hat beantragt das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen**

**Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für Gesundheit und Pflege**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bundesteilhabegesetz einführen – Eingliederungshilfe qualitativ weiterentwickeln  
Drs. 17/1912, 17/6981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)  
Faire finanzielle Entlastung der bayerischen Kommunen ab 1. Januar 2015 im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz  
Drs. 17/4498, 17/6982 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Benachteiligung der bayerischen Kommunen bei der Eingliederungshilfe  
Drs. 17/4499, 17/6983 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

40. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD  
Parkhäuser zukunftsfähig gestalten  
Drs. 17/6173, 17/6962

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)  
Bezahlung des pädagogischen Personals in der Kindertagesbetreuung verbessern – Tarifverhandlungen unterstützen!  
Drs. 17/5854, 17/6985 (E) [X]

**Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**